



Dachverband der
österreichischen
Sozialversicherungen

Bundesministerium für
**Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**

T + 43 (0) 1 / 71132-1211
recht.allgemein@sozialversicherung.at
Zl. RS/LVB-43.00/20/0092 Ht

Präsidium des **Nationalrates**

Wien, 25. Juni 2020

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Bauern-Sozialversiche-
rungsgesetz geändert werden

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. Juni 2020,
GZ: 2020-0.392.027

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Dachverband der Sozialversicherungsträger nimmt wie folgt Stellung.

Grundsätzlich bestehen keine inhaltlichen Einwände gegen den Entwurf.

Die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) weist jedoch darauf hin, dass nach ers-
ten Analysen und Auswertungen eine hohe Anzahl an Versicherten von den Re-
gelungen betroffen sein wird. Aus diesem Grund und aufgrund der Wechselwir-
kungen mit anderen Gesetzesnovellen bzw. -initiativen ist eine Durchführung der
vorgesehenen rückwirkenden Streichung des Solidaritätsbeitrages nach dem
BSVG sowie die Absenkung des Anrechnungsprozentsatzes beim fiktiven Aus-
gedinge im Ausgleichszulagenrecht aus technischen und organisatorischen
Gründen im heurigen Jahr in der Pensionsversicherung nicht realistisch.

Darüber hinaus ist zu einzelnen Bestimmungen Folgendes anzumerken.

Zu Art. 3 § 23 Abs. 10 lit. a sublit. ab und bb BSVG

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen weist darauf hin, dass es sich
bei den angeführten Werten in § 23 um die Werte aus dem Kalenderjahr 2019
handelt, die ab 1. Jänner 2020 mit der Aufwertungszahl aufzuwerten sind (§ 23
Abs. 10 lit. a letzter Satz).

**Dachverband der
Sozialversicherungsträger**

Wien 3 · Kundmanngasse 21
1031 Wien · Postfach 600
www.sozialversicherung.at



Diese Werte betragen im Jahr 2020 € 850,07 (§ 23 Abs. 10 lit. a sublit. ab) und € 1.597,38 (§ 23 Abs. 10 lit. a sublit. bb).

Zu Art. 3 - § 373 BSVG

Die Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen weist dringend darauf hin, dass jedenfalls die nachfolgend dargestellten Ergänzungen im Gesetzestext betreffend die Abdeckung der Beitragsmindereinnahmen durch den Bund aufzunehmen sind.

Abs. 3 ist wie folgt zu ergänzen:

„(3) ... aus Mitteln des Bundes zu tragen. Ebenso werden die Aufwendungen für die Senkung der Mindestbeitragsgrundlagen in der Krankenversicherung (§ 23 Abs. 10) sowie für den Entfall des Zusatzbeitrages (§ 24c) aus Mitteln des Bundes getragen. Die Ermittlung der Beitragsmindereinnahmen aufgrund der Absenkung der Mindestbeitragsgrundlagen in der Krankenversicherung hat einmalig bis Ende 2020 zu erfolgen; der ermittelte Betrag ist jährlich mit der Aufwertungszahl (§ 45) zu erhöhen.“

Zusätzlich ist ein neuer Abs. 4 wie folgt einzufügen:

„(4) Die entsprechenden finanziellen Mittel sind dem Versicherungsträger quartalsweise im Nachhinein zur Verfügung zu stellen.“

Der bisherige „Abs. 4“ des Entwurfs ist als „Abs. 5“ zu beziffern.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Dachverband:
Der Büroleiter:

DI Martin Brunner, MSc
elektronisch gefertigt

